

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/109

11. Juni 1974

Das Ende eines Tiefs

Bemerkungen zur Niedersachsenwahl

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-
Präsidiums

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Die politische Walstatt ist der Bundestag

Opposition sollte die Chance einer Neubesinnung nutzen

Von Holger Börner MdB
Bundesgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums der
SPD

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Die Ämterpatronage der CDU

Zum Personalplanungs-System der Union

Von Karl Liedtke MdB
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 5 und 6 / 82 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heumatten 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 1 86 848 - 48

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Das Ende eines Tiefs

Bemerkungen zur Niedersachsenwahl

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Sozialdemokraten und ihre Freunde haben am Sonntagabend die Berichte über die Ergebnisse der Niedersachsenwahl mit wachsender Spannung verfolgt. Als das vorläufige Endergebnis vorlag, atmeten sie auf. Mit Recht. Denn Niedersachsen wird auch in den nächsten vier Jahren nicht von der CDU, sondern von einer sozial-liberalen Koalition unter Alfred Kubel regiert werden. Und die Wählerverschiebung zugunsten der CDU, die im März besorgniserregende Ausmaße angenommen hatte, hat sich deutlich verlangsamt. Betrug sie in Hamburg 18,2 vH., in Schleswig-Holstein 15,1 vH., in Rheinland-Pfalz 9,0 vH. und in Nordhessen sogar 18,3 vH., so reduzierte sie sich in Niedersachsen auf 6,5 vH.

Das alles ist sicherlich ein Fortschritt. Der Abschwung wurde gestoppt. Wie zu den vorangegangenen Niederlagen haben auch dazu die verschiedensten Ursachen beigetragen. Die solide Landespolitik der Regierung Kubel zum Beispiel. Die vorbildliche Haltung Willy Brandts anlässlich seines Rücktritts. Die entschlossene Neubildung der Bundesregierung unter Helmut Schmidt und der gute Start dieser Regierung. Entscheidend war aber meines Erachtens, daß die Partei den Wählern wieder ein klareres Erscheinungsbild bot. Die Zehn-Punkte-Erklärung Willy Brandts vom 2. April, die jeweilige sofortige Zurückweisung extremer Äußerungen, die eindeutige Abgrenzung nach links sowie Inhalt und Duktus der Regierungserklärung haben deutlich gemacht, daß die SPD unverändert die Partei des Godesberger Programms und der realen Reformen sein will. Auch die maßvollere Haltung vieler Jungsozialisten, die im niedersächsischen Wahlkampf nicht etwa die Beschlüsse ihres Münchner Kongresses, sondern das Wahlprogramm der Partei vertraten, hat die Verdeut-

lichung erleichtert.

Allerdings: Die Verlangsamung einer Abwärtsbewegung ist noch kein neuer Aufstieg, und daß sich die Wolken lichten, bedeutet noch nicht das Ende des Tiefs. Immerhin würde die Übertragung des niedersächsischen Ergebnisses auf die Bundesrepublik bedeuten, daß die Opposition der absoluten Mehrheit sehr nahe gekommen wäre, wenn am 9. Juni Bundestagswahlen stattgefunden hätten. Das heißt: Die Partei wird ihre Anstrengungen noch steigern müssen. In der Regierung und in der Fraktion, um die in der Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 gesteckten Ziele innerhalb der Legislaturperiode zu erreichen. In der fortwährenden Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und in der Aufklärung der Bevölkerung. Aber auch in der Stärkung ihrer Solidarität in dem Sinne, daß Angriffe auf die Grundsätze und Beschlüsse der Partei und auf ihre führenden Repräsentanten nicht mehr als originelle Grotesken oder gar als Elemente einer langfristigen Wandlung zum wahren Sozialismus, sondern als parteischädigende Aktivitäten behandelt werden, die den ohnehin viel labiler gewordenen Wähler nur verunsichern und dem Gegner helfen. Zu einem verbindlichen Abschluß muß auch die Frage kommen, ob sich Arbeitsgemeinschaften wie selbständige Parteien gerieren dürfen, die in der Gesamtpartei nur eine Art Dachverband und Finanzierungsgesellschaft, nicht aber das ausschließliche Organ der politischen Willensbildung sehen, dem sie sich ein- und unterzuordnen haben.

Wenn all dies geschieht, wenn sich die Entschlossenheit zur Reform mit unserer Einsicht in das Realisierbare vereinigt, wenn der Schutz und die Verteidigung dessen, was Generationen von Sozialdemokraten an sozialer und rechtsstaatlicher Sicherheit erkämpft haben, unter schwieriger werdenden Umständen auch als eine zentrale Aufgabe unserer Politik betrachtet wird, wenn wir vor allem den Charakter einer Volkspartei bewahren, die jeden ideologischen Ausschließlichkeitsanspruch ablehnt - dann können wir es schaffen. Dann war die Niedersachsenwahl wirklich der Übergang von einem Zwischentief zu einem neuen Hoch, dessen Auswirkungen schon in Hessen und in Bayern zu spüren sein könnten.

(-/11.6.1974/ks/ex)

+ + +

Die politische Walstatt ist der Bundestag

Opposition sollte die Chance einer Neubesinnung nutzen

Von Holger Börner MdB

Bundesgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums der SPD

So unterschiedlich die Deutungen des niedersächsischen Wahlergebnisses bei den Parteien auch sein mögen: unzweifelhaft ist, daß die sozial-liberale Koalition und die Opposition gleichermaßen auch ein Votum über die Rolle des Bundesrates in der deutschen Politik gesucht haben. Die Entscheidung ist gefallen: Es bleibt bei dem alten Stimmenverhältnis von 21 zu 20 zugunsten der CDU/CSU-regierten Länder. Die Union wird das von ihr angestrebte Ziel der Zweidrittel-Mehrheit in der Ländervertretung, die ihr eine totale Blockade der Gesetzgebungsarbeit der Bundesregierung mindestens theoretisch ermöglicht hätte, nicht mehr erreichen. In dieser Tatsachenfeststellung liegt für die Opposition nicht zuletzt die Chance einer Neubesinnung.

Die CDU hat offenbar begonnen, darüber nachzudenken. Ihr Vorstand hat sich auf seiner gestrigen Sitzung, so jedenfalls hat der Parteivorsitzende Kohl vor der Presse berichtet, mit einer "besseren Koordination und Abstimmung" der drei "Tätigkeitsfelder der Union befaßt". Kohl umschrieb mit dem Begriff "Tätigkeitsfelder" die Dreiteilung in beiden Schwesterparteien CDU und CSU, die gemeinsame Fraktion im Bundestag und die unionsgeführten Länder im Bundesrat. Offenbar strebt die Opposition im Blick auf die nächsten Bundestagswahlen 1976 eine engere Verzahnung dieser drei Bereiche an. In diesem an sich selbstverständlichen Bemühen liegt aber nicht nur die Chance einer Neubesinnung, sondern auch die Gefahr, daß die Union ihre Aufgaben in den einzelnen Tätigkeitsfeldern nur unter dem Gesichtspunkt der politischen - sprich parteipolitischen - Zweckmäßigkeit beurteilt und dabei die unterschiedlichen Aufträge außer acht läßt, die unser Grundgesetz den verschiedenen politischen Organen und Institutionen zuweist. Dies gilt insbesondere für Bundesrat und Bundestag.

Erstens zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, daß die Union zunehmend bemüht ist, ihre Schwäche im Bundestag durch die knappe Mehrheit im Bundesrat

auszugleichen. Dieser Tatbestand ist zutreffend als der Versuch beschrieben worden, die Ländervertretung zur "Gegenreglerung" oder "Nein-Sage-Maschine" umzufunktionieren. Zweitens ist auch der Opposition inzwischen deutlich geworden, daß ihre Bundestagsfraktion in der Kette ihrer drei "Tätigkeitsfelder" das schwächste Glied ist. Das nicht etwa nur, weil sie von der Zahl her der Koalition unterlegen ist. Mit Fraktionschef Carstens kann bislang nur die Koalition zufrieden sein. Sein schwacher Stand in der CDU/CSU wird schon aus dem Umstand deutlich, daß er den Laufsteg der "starken" Männer der Union, die einmal Kanzlerkandidat werden möchten, schon jetzt verlassen hat.

Dies könnte den Schluß nahelegen, daß die CDU/CSU den Bundesrat noch verstärkt zur Hauptarena ihres Kampfes gegen die sozial-liberale Koalition machen will. Von Kohl ist bekannt, daß er die verfassungsrechtlichen Risiken einer solchen Entwicklung sieht und fürchtet. Aber er steht - so weit man sehen kann - allein gegen Strauß, Stoltenberg, Filbinger und Goppel. Und noch eine weitere Entwicklung muß mit Sorge betrachtet werden: Die Union ist offenbar nur dann bereit, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, wenn sie sich mit ihren eigenen Vorstellungen durchsetzen kann. Ist das nicht der Fall, dann versucht sie immer häufiger, demokratisch zustandekommene Mehrheitsentscheidungen durch Gerichtsbeschluß wieder aufheben zu lassen. Selbstverständlich ist es jedem von der Verfassung dazu berufenen Organ freigestellt, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts herbeizuführen, wenn das für notwendig erachtet wird. Aber das Einreichen von Klageschriften ist kein Ersatz für Politik.

Die wichtigste Stätte der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik ist der Deutsche Bundestag. Daran darf sich nichts ändern. Was den Bundesrat angeht, so hat Bundeskanzler Helmut Schmidt der Union eine sachliche Zusammenarbeit angeboten. Die Antwort der CDU/CSU steht noch aus. Hoffentlich fällt sie so aus, daß die bestehenden Sorgen um den Bestand unserer föderativen Ordnung sich als gegenstandslos erweisen.

(-/11.6.1974/ks/pr)

+ + +

Die Ämterpatronage der CDU

Zum Personalplanungs-System der Union

Von Karl Liedtke MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

In einer vertraulichen Studie des CDU-Landesfachausschusses "Kulturpolitik" heißt es: "In der Beförderungspraxis muß sichtbar - und zwar geräuschlos - werden, daß unsere Regierung CDU-Freunde am ersten für geeignet hält, CDU-Politik an Ort und Stelle zu verwirklichen". Hierzu erklärte der CDU-Fraktionschef im Kieler Landtag, Uwe Barschel: "Die Formulierungen sind zwar unglücklich, aber ich will sie auf meine Kappe nehmen". Die Christdemokraten seien der Ansicht, daß sie auf Gegenkurs zu den "linken Ideologen" in Bremen und Niedersachsen gehen müßten. Nachdem die vertrauliche Studie bekanntgeworden ist, sucht die CDU selbstverständlich nach einem Alibi. Was dafür vorgebracht wird, ist aber kaum geeignet, von der parteipolitischen Ämterpatronage der CDU, die sie konsequent betreibt, abzulenken. Die Studie aus Schleswig-Holstein ist nur die Spitze eines großen Eisberges.

Die CDU ist schon seit längerer Zeit der Versuchung erlegen, Bundesweit Parteipersonalpolitik mit dem Computer zu machen. Es wäre an der Zeit, daß sie jetzt aus aktuellem Anlaß einmal darlegen würde, welche Grenzen sie ihrer Parteibuchdatenbank selbst gesetzt hat. Wenn die Mitgliedschaft in einer Partei - wie bei der CDU - in einen so intimen Zusammenhang mit beruflichen Chancen gebracht wird, wird der Leistungsgrundsatz in unserer Gesellschaft mißachtet, können Menschen korrumpiert und Verfassungsgrundsätze verletzt werden. Ein neues Wort "Personalkriminalität" drängt sich unwillkürlich auf. Es ist insbesondere auch zu fragen, welcher Schutz den Personen gewährleistet ist, die Daten an den Personalcomputer geben. Abgesehen davon betreibt die CDU hier offenbar aus eigener Machtvollkommenheit eine unzulässige Arbeitsvermittlung. Alles in allem: Parlament und Öffentlichkeit haben ein Anrecht, von der CDU endlich aus eigenem Munde eine Darstellung über Methoden und Grenzen ihres Personalplanungs-Systems zu erhalten.

Dabei sollte die CDU nicht versuchen, an folgenden Tatsachen vorbei zu reden: Zunächst ist daran zu erinnern, daß der damalige CDU-Generalsekretär, Dr. Bruno Heck, in einem Rundschreiben an die Mitglieder der CDU vom September 1971 die Ämterpatronage unzweideutig als "Modernisierung der Parteiarbeit" bewertet hat. In dem Rundschreiben führt er ferner aus: "Wir wissen auch, daß unter unseren Mitgliedern viele Kräfte sich in Ämtern und Verantwortungen hervorragend bewährt und für größere Verantwortungsbereiche qualifiziert haben. Sie gilt es zur rechten Zeit an die rechte Stelle zu bringen". Ein entsprechendes Rundschreiben der Bundesgeschäftsstelle der CDU vom August 1972, unterzeichnet von Dr. Helmut Scharr, ist ebenfalls bekanntgeworden. In diesem Rundschreiben heißt es u.a.: "Die

seit Oktober 1971 aufgebaute Personaldatenbank hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Der Sinn der Personalplanung ist es, den Bedarfsträgern qualifizierte Bewerber aus unserem Kreise anzubieten, wann und wo sie es selbst wünschen..... Auf ihre Anforderung hin würden wir Ihnen gern eine Anzahl Stellenbögen und ergänzende Stellenkarten übersenden. Wir wären Ihnen besonders dankbar, wenn Sie hiermit unser Bemühen, eine auf Qualität basierende Personalplanung zum Erfolg zu führen, nicht nur heute unterstützen, sondern auch weiterhin mit uns in Kontakt bleiben würden; über einen Besuch bei uns würden wir uns besonders freuen. Wir können Ihnen jede weitere Auskunft erteilen und Sie über den Funktionsablauf und die Datenabfrage unseres Personalplanungs-Systems genauer informieren".

Die Landesregierung von Baden-Württemberg, im Landtag in einer Kleinen Anfrage auf den Personalcomputer der CDU im März dieses Jahres angesprochen (Drs.: 6/5464), redete, so gut es ging, an der Sache vorbei. Wann Ministerpräsident Dr. Filbinger in seiner Antwort mitteilte, daß der CDU-Datenbank von den personalverwaltenden Stellen keine Informationen über Bedienstete des Landes zugeleitet werden, die Möglichkeit für eine "Gesinnungsschnüffelei" deshalb nicht gegeben sei, so berührt das die tadellose Funktion dieser Datenbank in keiner Weise. Denn das Personalplanungs-System der CDU basiert auf dem Informationsaustausch und der Protektion im Kreis der CDU-Mitglieder. Die CDU wendet sich selbstverständlich nicht offiziell an die Verwaltungsbehörden, um ihnen ein rechtswidriges Verfahren bei der Stellenbesetzung anzudienen. Wenn die CDU unter diesen Umständen permanent wiederholt, die SPD betreibe eine parteiorientierte Personalpolitik in den öffentlichen Verwaltungen, so gehört dazu schon eine gehörige Portion von Dreistigkeit. Als Alibi für die jüngste Entgleisung der CDU in Schleswig-Holstein kann diese Behauptung jedenfalls nicht dienen.

Die CDU-Polemik gegen personalpolitische Entscheidungen der SPD sollte zudem an den Ausführungen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Carstens gemessen werden, die in seinem Buch "Politische Planung" enthalten sind. Dort heißt es: "Ein besonderes Kapitel im Verhältnis zwischen Regierung und den sie tragenden Parteien bilden Personalfragen. Jede Partei versucht, in der Zeit, in der sie an der Regierung ist, möglichst viele ihrer Leute in wichtige Staatsstellen zu bringen. Das ist ein durchaus natürlicher Vorgang". Von dieser Maxime hat sich die CDU während der Zeit ihrer 20jährigen Regierungstätigkeit in Bonn leiten lassen, ihr bleibt sie in der Opposition auch dadurch treu, daß sie nunmehr die sozial-liberale Koalition verdächtigt, diese Maxime in gleicher Weise anzuwenden. Es ist zweifellos notwendig, daß die jeweilige politische Führung einen zuverlässigen engeren Mitarbeiterstab hat. Im Rahmen der Reform des öffentlichen Dienstrechts wird dieses Problem erörtert und der Kreis der politischen Beamten neu abgegrenzt werden müssen. Das Personalplanungs-System der CDU hat mit dieser Problematik allerdings überhaupt nichts zu tun. Wie gesagt: Wir erwarten von der CDU Antwort.

(pr/11.6.1974/wt/pr)

+ * +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller